

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Logen, Mohorn, Muzig, Neufirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdo rf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Untersdorf, Weistroy, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inscrat werden Montags, Mittwoch und Freitags 12 Uhr angenommen. — Inserationspreis 10 Pfg. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst

No. 74.

Dienstag, den 25. Juni 1901.

60. Jahrg.

Bekanntmachung.

Bis spätestens den

3. nächsten Monats

ist der **2. Termin Landrente und Landesculturrente**

und bis spätestens den

14. nächsten Monats

das **2. Vierteljahr Schulgeld**

an die Stadtsteuereinnahme zu entrichten.

Nach Ablauf der Zahlungsfristen erfolgt Einleitung des Verreibungsverfahrens. Wilsdruff, am 24. Juni 1901.

Der Stadtrath.
Kahlenberger, Bgmstr.

Freibank.

Dienstag, den 25. Juni d. J.,

Nachmittags von 4 Uhr ab,

soll auf hiesiger Freibank ein **Kind verpfundet** werden.

Preis: 1 Pfund — Mk. 35 Pf.

Wilsdruff, den 24. Juni 1901.

Der Bürgermeister.
Kahlenberger.

Ultramontane Regungen in Sachsen.

(Nachdruck verboten.)

Die Ultramontanen machen neuerdings frampfhafte Anstrengung, ihr Volk bei ihrer Fahne zu halten. Der „Toleranzantrag“ des Zentrums bietet den Stoff, die Wählermassen durch die Vorpiegelung aufzuregen, als werde die katholische Kirche im deutschen Reiche bedrückt und verfolgt. Denselben Ton schlagen jetzt Katholikerversammlungen an, wie die in Köln zu Ostern und die in Zwickau am 9. Juni. Dabei haut man vor allem auf den „bösen, evangelischen Bund“ los, der den Römlingen der am meisten unbehagliche Gegner ist; sie hassen ihn, weil er unser Volk über die ultramontanen Mächenschaften und Ziele aufklärt und so den Papisten den Weg zur Herrschaft über unser Reich verlegt. Vor allem aber weckt er ihren Ingrimm, weil er die evangelische Bewegung in Oesterreich mit allen Kräften fördert; diese fürchten sie, denn sie wird zuletzt auch die Katholiken Deutschlands anziehen. Dem wollen die Ultramontanen entgegenarbeiten; sie suchen ihr religiös wenig unterrichtetes Volk „fest und treu für Rom“ zu erhalten. Zu diesem Zweck war auch die Zwickauer Versammlung einberufen. Der eigentliche Unternehmer war der Hofrath Hof in Glauchau; mit ihm waren der Graf Joachim von Glauchau, der Konvertit von Schönberg-Dammhain, der Agitator Rade aus Mainz und einige Kapläne gekommen; sie konnten ihr Auge an einer stattlichen Versammlung weiden; es sollen gegen 1500 (?) erschienen sein, Männer, Frauen, Kinder aus den industriereichen Bezirken von Chemnitz und Zwickau, natürlich viel ausländische Arbeiter, Tschechen, Italiener usw. darunter. Die Führer hatten ein williges Publikum vor sich, das sich gern von der Ueberlegenheit des Katholizismus überzeugen ließ, denn es kennt den Protestantismus nur aus den falschen und verdrehenden Darstellungen seiner Kapläne. Auf dieser Linie gingen denn auch die Ausführungen des Kaplans Hottenrott. In der katholischen Kirche herrsche mehr Sittlichkeit, mehr Gebet, mehr Heiligung der Ehe usw. als im Protestantismus, der eine Brutstätte für Glaubenslosigkeit, Unsitlichkeit, Kirchenhaß, Sozialdemokratie und dergleichen sei. Welch ein unterrichteter Mann scheint dieser Kaplan zu sein! Er brauchte nur einmal die Länder zu bereisen, die unter der Vormühsigkeit des römischen Priesters stehen, um einen erschreckenden Haufen von Atheisten, von Gleichgültigen, um eine Summe von Ueberlichkeit kennen zu lernen; er brauchte nur einmal eine zuverlässige Statistik zu befragen, um zu erfahren, daß der Katholizismus auf allen Gebieten, auch auf dem sittlichen, weit hinter dem Protestantismus zurücksteht.

Aber den Gipfel der Maßlosigkeit erstieg der Kaplan mit der Behauptung, daß die katholische Kirche ein festgemauertes Haus, die evangelische Kirche eine windstehende Bretterbarade sei. O sancta simplicitas! Weiß der Kaplan nichts davon, daß im Laufe der Geschichte der Abfall von Rom oft sich wiederholte und neue höhere kirchliche Bildungen im Gefolge hatte? nichts davon, daß jetzt selbst die romanischen Völker erkennen, der Ultramontanismus ist unser Verderben? nichts davon, daß Hunderte von Priestern in Frankreich das haufällige Haus verlassen?

daß Tausende ernstgesinnter Gemüther in Oesterreich mit Unwillen vom Papstthum sich abkehren? daß auch in diesem allerkatholischsten Staat so viele, viele Priester innerlich los von Rom sind? nichts davon, daß alle List und alle Gewalt des Papiismus nicht vermocht hat, die Bretterbarade des Protestantismus niederzuliegen? Gerade dieser ist der Bereich des tiefsten Glaubenslebens, des regsten Strebens nach Sittlichkeit, gerade dieser der Hort freier und großer Geistesarbeit: das kündigt die Geschichte jedem, der mit klarem Auge sie betrachtet.

Es ist verständlich, daß die Zuhörer, deren Horizont eng genug ist, den Auslassungen des Kaplans ihren Beifall zollten; sie ließen sich von Neuem für die Gefolgschaft der Ultramontanen einfangen. Und damit sie in dieser bleiben, eine getreue Heerde, wurden sie aufgefordert, die katholische Volkszeitung, die gegründet werden soll, zu halten, dem katholischen Volksverein beizutreten, und überhaupt den von den Priestern geleiteten Vereinen sich anzuschließen. So würden sie die katholische Kirche schützen und retten, die in dem intoleranten Sachsen besonders gedrückt und verfolgt werde. Ihr die Fesseln zu nehmen, sei der Toleranzantrag vom Zentrum eingebracht; für ihn einzutreten wurde zuletzt die sächsische Regierung in einer Resolution aufgefordert.

Nun, unsere Regierung wird sich dadurch in der entschiedenen Abwehr aller ultramontanen Tendenzen nicht beirren lassen; sie wird das Gesetz von 1876, die Oberaufsicht des Staates über die römisch-katholische Kirche betreffend, mit fester Hand aufrecht erhalten; sie ist sicher, daß sie dazu das ganze stramm protestantische Sachsenvolk auf ihrer Seite hat. Die Zwickauer Katholikerversammlung hat die üblichen ultramontanen Reden gehört und bejubelt; auf den Gang der Geschichte bleiben sie ohne Einfluß; auch die sächsischen Ultramontanen können daran nichts ändern, daß die Zukunft dem Protestantismus gehört.

Politische Rundschau.

Der Kaiser wird am 7. Juli, am 18. Geburtstag des Prinzen Eitel Friedrich, persönlich die Einstellung desselben in den aktiven Dienst beim 1. Garde-Regiment z. F. in Potsdam vornehmen. Am Tage darauf tritt der Monarch seine Nordlandsreise von Kiel aus an.

Dem Bundesrathe wird, wie die „Nat. Ztg.“ schreibt, der Entwurf des neuen Zolltarifs noch vor Beginn seiner Sommerferien endlich unterbreitet werden.

In Kiel fand am Sonnabend Vormittag der feierliche Stapellauf des großen Kreuzers „B“ auf der kaiserlichen Werft in Gegenwart des Kaiserpaars und der übrigen zur Zeit in Kiel weilenden Fürstlichkeiten statt. Prinz Heinrich von Preußen hielt die Taufrede, worauf seine Gemahlin das neue Schiff auf den Namen „Prinz Adalbert“ taufte.

Ueber die Ergebnisse der in Bromberg und Danzig unter Bethheiligung des Finanzministers v. Rheinbaben, des Ministers des Innern v. Hammerstein und des Landwirtschaftsministers v. Bobbielski abgehaltenen sogenannten Rothstands-konferenzen liegt in der ministeriellen „Berl. Correspondenz“ ein längerer Bericht vor. Aus demselben erhellt, daß die preussische Regierung bestrebt ist, den in größeren Theilen der Provinzen Posen und Westpreußen

insolge Auswinterung der Saaten drohenden landwirthschaftlichen Nothstand durch eine umfassende staatliche Hilfsaktion zu bekämpfen. Zu diesem Zweck ist in erster Linie die Bereitstellung genügender Staatsmittel behufs Beschaffung von Saatgut, Futter, Streu- und Düngemittel in Aussicht genommen, ferner weist das Hilfsprogramm Steuer-Erleichterungen und Steuerstundungen, erweiterte Creditgewährung seitens der landwirthschaftlichen Centralgenossenschaftskasse, Abgabe von Waldstreu- und Futtermitteln aus den Staatsforsten zu halben Taxpreisen, wesentliche Herabsetzungen der Eisenbahntarife beim Transport von Saatgut, Futter- und Streumitteln, erhebliche Erleichterungen der Manöverlasten und noch andere Maßnahmen zu Gunsten der genannten Provinzen auf. Zugleich ist aber auch eine finanzielle Bethheiligung der Provinzialverwaltungen selber an der Hilfsaktion vereinbart worden. Inzwischen ist der amtliche Saatenstandsbericht für die preussische Monarchie für Mitte Juni veröffentlicht worden, dem sich entnehmen läßt, daß zu genanntem Zeitpunkt Sommerweizen, Winterspelz, Sommergerste, Hafer, Kartoffeln im Allgemeinen gut bis mittel, Winterweizen, Winterroggen, Sommerroggen, Klee, Luzerne und Wiesenbau nur mittel und theilweise noch geringer standen. Im Weiteren besagt der Bericht, daß es fast für den gesammten Osten als ausgeschlossen erscheine, daß selbst nur eine hinreichende Saat gut gewonnen werden würde und daß in einer großen Anzahl der östlichen Bezirke eine Futternoth als unausweichlich erscheine.

Gerüchte über angebliche neue Forderungen, mit denen die Militärverwaltung an den Reichstag heranzutreten gedenkt, sind aufgetaucht; u. A. soll die Erhöhung der Bataillonsstärke derjenigen Regimenter, welche nur zwei Bataillone zählen, auf drei Bataillone geplant sein. Dem gegenüber steht sich das leitende Blatt der Centrumpresse, die „Köln. Volksztg.“, veranlaßt, in einem Artikel den Reichskanzler davor zu warnen, angesichts der ohnehin verwickelten inneren politischen Situation dem Reichstage jetzt auch noch mit einer neuen Militärvorlage zu kommen. Das Centrumsblatt weist hierbei noch auf den schwebenden Entwurf des neuen Zolltarifs hin und schließt mit der Mahnung an den Kanzler, nicht gleichzeitig „zwei Hasen“ jagen zu wollen. Zunächst wäre es recht wünschenswerth, wenn man sich von Berliner offiziöser Seite über die angeblich geplanten weiteren Militärforderungen äußerte.

In dem Beleidigungsprozeß, welchen der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Dr. Liman, gegen den früheren Chefredacteur der „Köln. Ztg.“, Dr. Schmitts, und gegen einen anderen Redacteur dieses rheinischen Blattes, Dr. von Loof, angestrengt hatte, wurde am Freitag vom Berliner Schöffengericht das Urtheil gesprochen. Dasselbe lautete auf 100 Mark Geldstrafe gegen Dr. Schmitts und auf 200 Mark Geldstrafe gegen Dr. von Loof, sowie auf Abweisung der von beiden gegen Dr. Liman erhobenen Widerklage. Der ganze Prozeß rührt davon her, daß Dr. Liman in den „L. N. N.“ Andeutungen darüber machte, daß die „Köln. Ztg.“ bei ihren englandfreundlichen Artikeln anlässlich des Boererkrieges von der De Beers Company vielleicht betroffen worden sei, was dann beleidigende Ausfälle gegen Dr. Liman in der „K. Z.“ zur Folge hatte. Indessen